

Partizipationspotenziale der Neuen Medien nutzen

Das Internet scheint den endgültigen Beweis dafür zu liefern, dass gegenwärtig nicht mehr die Politik, sondern vielmehr die technologische Entwicklung und wirtschaftliche Dynamik die wichtigste gestaltende Kraft des gesellschaftlichen Wandels sind. Diese Einschätzung verkennt allerdings, dass Zeiten eines grundlegenden Wandels immer auch enorme demokratische Chancen bieten und die positive Gestaltung dieses Umbruchs immer auch eine politische Aufgabe ist.

Doppelte Herausforderung für die Politik

Die Politik ist von der Herausbildung einer globalen Wissens- und Informationsgesellschaft in einer doppelten Weise herausgefordert:

- Zum einen hat sie für zukunftsfähige rechtliche und wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen zu sorgen, die die Chancen der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien für den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturwandel fördern und unterstützen. Diese umfassende Gestaltungsauftrag ist ein wichtiger Gegenstand in den gegenwärtigen Reformvorhaben und Initiativen – es gibt keinen politischen Bereich, der nicht *auch* unter dem Aspekt neuer IuK-Technologien neu gefasst und beurteilt wird bzw. werden muss.
- Zum anderen hat die Politik zugleich auch die neuen Möglichkeiten der IT-Technologien und der globalen IuK-Netzwerke für die politische Kommunikation positiv aufzunehmen und in den Gestaltungsprozess einzubinden. Dies ist genau die Arena, in der die Nutzung der Demokratisierungspotentiale der neuen IuK-Technologien – und damit die Konzepte auf dem Wege zu einer (auch) elektronischen Demokratie im Vordergrund – stehen und kontrovers diskutiert werden.

Zentrale Herausforderungen einer Politik *im* und *mit* dem Internet:

- Die Entstehung der Wissens- und Informationsgesellschaft verändert auch die Rahmenbedingungen für die politische Kommunikation im **Spannungsfeld von Öffentlichkeit, Medien und Politik**. Neu Formen politischer Meinungsbildung und Willensäußerung sind ebenso möglich wie die Generierung geteilter politischer Ziele und Koordinierung entsprechender Aktionen und Initiativen.

- Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien eröffnen neue Möglichkeiten der Information, Transparenz, Vernetzung und Partizipation, indem sie generell die Transaktionskosten erheblich senken. Sie
 1. vereinfachen das Bereitstellen und Verteilen von **Informationen** und Materialien, da dies nun dezentral und kostengünstig durchgeführt werden kann;
 2. erhöhen die **Transparenz**, indem sie die intuitive Verknüpfung begleitender Erläuterungen und interaktiver Darstellungen mit den politischen Prozesse und Verfahren ermöglichen;
 3. erleichtern erheblich die zielorientierte **Vernetzung** politischer und insbesondere auch zivilgesellschaftlicher Akteure auf und aus allen Ebenen;
 4. und ermöglichen neue Formen der **Beteiligung und Teilhabe** an politischen Prozessen sowie des interaktiven Dialogs mit den Bürgerinnen und Bürgern.
- Diese Potenziale lassen sich allerdings nur bei einer **aktiven politischen Gestaltung** sowohl der Rahmenbedingungen als auch erster Realisierungsvorhaben umsetzen.
 1. Im Mittelpunkt der Rahmenbedingungen steht mit der Herausbildung einer primär wissens- und informationsbasierten Gesellschaft und Wirtschaft der **Zugang zu Informationen und Wissen**. Sie wird zur zentralen kritischen Variable, wenn zumindest mittelfristig die bestehende digitale **Teilung der Gesellschaft** überwunden werden soll. Hier sind neben dem Aspekt der technischen und finanziellen Zugangsbarrieren insbesondere auch Fragen der zunehmenden Privatisierung oder Monopolisierung von Wissen zu berücksichtigen.
 2. Ebenso ist es erforderlich, die neuen **Randbedingungen** stärker zu berücksichtigen, wie die enorme technologische Innovationsgeschwindigkeit, die internationale Vernetzung oder die zunehmende Bedeutung der IuK-Technologien im gesellschaftlichen Alltag. Die Verwirklichung des Grundrechts auf **informationelle und kommunikative Selbstbestimmung** wird zunehmend zum zentralen Maßstab nationaler wie internationaler politischer Anstrengungen – oder müsste dies zumindest sein. Die Bedeutung eines solchen **e-Rechtes** in einer globalen Informationsgesellschaft erscheint allein mit den liberalen Freiheitsrechten in einer frühbürgerlichen Gesellschaft vergleichbar.
 3. Wichtig ist es insbesondere, **Erfahrungen** mit ersten Realisierungsvorhaben zu sammeln, die die neuen IuK-Technologien auch bewußt für die politische Kommunikation oder **Entscheidungsfindung** nutzen. Aus dieser Perspektive waren und sind die derzeit kontrovers diskutierten Internetwahlen für das ICANN-Direktorium ein wichtiger Erfahrungsgenerator, der einen notwendigen Bestandteil eines nachhaltigen Lernprozesses darstellt.

4. Auch das ehrgeizige Pilotprojekt des Unterausschusses Neue Medien des Deutschen Bundestages zur **Modernisierung der Informationsrechtes** bietet eine gute Chance, Erfahrungen insbesondere im Bereich **Meinungsbildung, Vernetzung** und interaktiven **Partizipation** in elektronischen Kommunikationsnetzen zu sammeln und für Folgeprojekte nutzbar zu machen.

Die vielzitierten demokratischen Potenziale der neuen IuK-Technologien werden sich nicht von selbst einstellen, die Vernunft der Bitkolonnen nicht zu sich selber kommen. Um das verlorengegangene Vertrauen in das politische System zurückzugewinnen und die unbestreitbaren Potenziale auch realisieren zu können, bedarf es einer aktiven, durchaus auch kontroversen politischen Gestaltung – denn auch die e-Demokratie lebt von der Legitimation, die ihr die Bürgerinnen und Bürger entgegenbringen.